

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung  
..... der Freien Stadt Danzig .....  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,30 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten bei. Tarif, die 3-spaltige Wohnungsangelegenheiten 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3900.

Nr. 232

Mittwoch, den 5. Oktober 1921

12. Jahrgang

## Die Deutschen in Polen.

Die Erklärung der deutschen Fraktion im polnischen Sejm.

D. C. Warschau, 4. Okt. Bei der Debatte über die Regierungserklärung konstatierte der Vertreter der deutschen Fraktion, Abg. Hasbach, der neue Ministerpräsident habe in seiner Rede den Existenzbedingungen der Staatsbürger nichtpolnischer Nationalität nur wenig Raum gewidmet. Der Forderung einer schnellen Auflösung des Sejms lehnte die deutsche Fraktion nachdrücklich ab. Das deutsche Element sei nicht im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl vertreten. Die deutsche Fraktion betrachte sich gegenwärtig auch als Wortführer derjenigen Minderheiten, die keine Vertreter im Sejm haben und nicht in der Lage waren, an den Sejmwahlen teilzunehmen. Sie verlangen im Namen der Deutschen, Russen, Ruthenen, Ukrainer und Litauer ein Wahlgesetz, das die Garantie bietet, daß jede Stimme zur Geltung komme und die Wahlen nicht durch Wahlkreisstrategie verfälscht würden. Durch Verordnung des Ministeriums der preussischen Teilgebiete sei bestimmt worden, daß nur derjenige wählbar sei, der der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sei. Dies bedeute eine Beschränkung des passiven Wahlrechts für Hunderttausende von Staatsbürgern. Die Agrarreform, deren vernünftige Durchführung auch die deutsche Fraktion für erforderlich halte, dürfe nicht dazu mißbraucht werden, um einseitig die nationalen Minderheiten ihres Grundbesitzes zu berauben, wie es heute in allen Randgebieten, besonders im preussischen Teilgebiet, beispielsweise mit den deutschen Domänenpächtern, geschehe. Auch in Wolhynien würden die alleingelassenen deutschen Kolonisten von ihren Höfen vertrieben. Der Redner forderte eine gerechte und loyale Behandlung der Schutzfrage. Systematisch bemühten sich jetzt die lokalen Behörden in Bromberg, Posen und Kongresspolen, den deutschen Gemeinden ihre Schulgebäude und Betsäle zu nehmen, die sie aus eigenen Mitteln geschaffen und oft über hundert Jahre im Besitz hätten. Der Ministerpräsident habe von den Beziehungen zu fast allen Nachbarstaaten gesprochen, mit Ausnahme von Deutschland, während jedermann sich darüber klar sein müsse, welche enorme Bedeutung es für das polnische Wirtschaftsleben haben werde, ob es gelinge, zu einem modus vivendi mit Deutschland zu kommen. Die deutschen Staatsbürger Polens seien bereit, am Aufbau des Landes mitzuarbeiten, doch seien sie es müde, sich dazu anzubieten, und es werde von der neuen Regierung abhängen, ob sie, dem Beispiel ihrer Vorgänger folgend, diese wertvollen Kräfte brach liegen lassen oder nutzbringend verwerten wolle.

Die Erklärung des deutschen Vertreters wurde im Hause ohne Zustimmung, aber mit Verständnis für ihren nachdrücklichen Ernst aufgenommen. Sowohl die Ankündigung eines eventuellen gemeinsamen Eintretens aller Minoritäten, die 10 Prozent der polnischen Bevölkerung ausmachen, wie die Bereitschaft, mit einer loyalen Regierung mitzuarbeiten, hat nachhaltigen Eindruck bei allen Parteien wie bei der Regierung hervorgerufen.

## Die Koalitions-Beratungen.

In den interfraktionellen Beratungen beim Reichsfanzler haben die Sozialdemokraten auch die bekannte Antwort der Unabhängigen zur Frage ihres etwaigen Regierungseintritts zur Sprache gebracht. Zentrum und Demokraten äußerten zu mehreren Bedingungen der Unabhängigen Bedenken, ob sich eine Verständigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm werde erzielen lassen. Die Sozialdemokraten wiesen indessen darauf hin, daß die Forderungen der Unabhängigen im Grunde nur die Görtzler Mindestbedingungen der Sozialdemokraten seien. Eine grundsätzliche Ablehnung der unabhängigen Mitarbeit wurde, wie bereits gestern berichtet, weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. Die Koalitionsverhandlungen wurden dann auf Mitte nächster Woche vertagt.

In Preußen haben ebenfalls Verhandlungen über die Regierungsneubildung in Gegenwart des Ministerpräsidenten Stegerwald und des Landtagspräsidenten Selbert stattgefunden. Auch hier legte die Sozialdemokratie großes Gewicht auf die Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung, mindestens aber auf die Aufstellung eines Programms, das ihre wohlwollende Neutralität sichert, wie sie sie bisher im Reich dem Kabinett Wirth gegenüber getätigt haben.

Wie mitgeteilt wird, haben die Demokraten und das Zentrum ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht: 1. müssen sich die Unabhängigen auf den Boden der Weimarer Verfassung stellen, 2. müsse eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, 3. müsse die Koalition auch die Deutsche Volkspartei umfassen.

Die beiden ersten Bedingungen dürften selbstverständlich sein, zumal sie sich durch den Eintritt der U. S. P. in die Regierung ganz von selbst erfüllen. Die dritte Bedingung ist im Augenblick kaum spruchreif, da ja umgekehrt die Deutsche Volkspartei erst ihre Koalitionseignung auf Grund der Görtzler Bedingungen der S. P. D. nachzuweisen hat. Im übrigen wäre eine weitere Verbreiterung der Reichsregierung nach dem Eintritt der Unabhängigen höchst überflüssig.

## Um Oberschlesien.

Dieser Tage wurde gemeldet, daß man in führenden Kreisen Oberschlesiens mit einer Lösung des ober-schlesischen Problems derart rechnet, daß Deutschland an Polen 5 Milliarden Goldmark zahlen solle. Diese Summe soll zur Erschließung des Dombrowaer Industriebeckens dienen. Eine ähnliche Meldung veröffentlicht auch der „Eclair“. Danach heißt es: Offizielle Agenten Deutschlands hätten die polnische Regierung wissen lassen, daß sie 500 Millionen Goldmark und die zur Erschließung der polnischen Unternehmungen erforderliche Summe erhalten würden, wenn Polen den englischen Vorschlag für die Teilung Oberschlesiens annehme.

Dazu erfahren die N. P. R. von zuständiger Stelle, daß die deutsche Regierung in ihrer Note vom 1. April ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, Polen bei der Erschließung der polnischen Bodenschätze behilflich zu sein, wenn Polen sich zu einem Arrangement bereitfinden würde, auf Grund dessen Oberschlesien ungeteilt beim Reich verbliebe. Dieser Standpunkt der deutschen Regierung ist bei den Verhandlungen über Oberschlesien mehrfach zum Ausdruck gebracht worden. Von polnischer Seite ist indessen kein Schritt erfolgt, nachdem mit einer Annahme dieser Verständigungsaktion zu rechnen ist. Die in den Blättern gebrachten betagerten Mitteilungen über deutsche Milliardenzahlungen sind völlig aus der Luft gegriffen.

Das italienische Blatt „Il Tempo“ veröffentlicht ein Telegramm aus Genf, wonach die Entscheidung über Oberschlesien nach der Sforza-Linie zu erwarten sei. Die Meldung behauptet, diese Meldung entspreche dem Gutachten deutscher und polnischer Arbeiterorganisationen, sowie deren Vertreter in der Amsterdamer Internationale. Dazu erfahren die N. P. R. von zuständiger Stelle, daß die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften in der dem Völkerbund überreichten Gedankenschrift klar zum Ausdruck gekommen ist. Die Arbeiter und Angestellten der deutschen Gewerkschaften haben wiederholt bei früheren Anfragen die Notwendigkeit des Verbleibens eines ungeteilten Oberschlesiens beim Deutschen Reich betont. Diese Stellungnahme ist auch dem Völkerbundsrat übermittelt worden. Was den Internationalen Gewerkschaftsbund anbelangt, so ist auch in dem Bericht der Amsterdamer Internationale die Unteilbarkeit Oberschlesiens klar zum Ausdruck gebracht worden.

Paris, 4. Okt. (M.T.B.) Das „Journal des Debats“ meldet aus Genf, der Völkerbundsrat sei zu einem völligen Einvernehmen über die ober-schlesische Frage gelangt und habe seine Schlussfolgerungen revidiert. In regeln seien nur noch einige Einzelfragen. Das Gutachten des Rates werde, nachdem es erst wahrscheinlich am Sonnabend dem Vorsitzenden des Obersten Rats mitgeteilt sei, anschließend sofort vom Völkerbundsrat veröffentlicht werden.

## Vor dem Abschluß des Wiederaufbau-Abkommens.

Der deutsche Wiederaufbauminister Dr. Rathenau wird sich heute abend nach Wiesbaden begeben zum Abschluß der Verhandlungen mit dem französischen Minister Loucheur über das Wiederaufbauabkommen.

## Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Wie gemeldet wird, wird die bayerische Regierung gemäß ihrer Vereinbarung mit der Reichsregierung heute eine Verordnung herausgeben, durch die der Ausnahmezustand in Bayern vom 15. Oktober ab aufgehoben wird.

## Das Aufenthaltsrecht der deutschen Seeleute in England wieder hergestellt.

Berlin, 4. Okt. (M.T.B.) Von englischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß Seeleuten, die Angehörige früher feindlicher Staaten sind, nunmehr das Recht der Landung in britischen Häfen für die Dauer des Aufenthalts des Schiffes in den betreffenden Häfen erteilt wird. Hinsichtlich dieser zeitweiligen Landungserlaubnis sind die deutschen Schiffs-offiziere und Mannschaften jetzt mit den einer mit England befreundeten Nation gleichgestellt. Die Erteilung der Erlaubnis ist davon abhängig, daß der Antragsteller durch einen Paß oder eine sonstige hinreichende Legitimation sich über seine Staatsangehörigkeit ausweisen kann.

## Zwischen Volkspartei und U. S. P.

Die Schuld der kurzfristigen U.S.P.-Politik.

Der Görtzler Beschluß zur Frage der Regierungsbeteiligung ist teils mißverständlich, teils böswilliger Weise so ausgelegt worden, als ob die Sozialdemokratische Partei mit der Deutschen Volkspartei einen Pakt abgeschlossen habe, der nun durch den Parteitag bestätigt worden sei. Wie falsch diese Auslegung war, hat der Verlauf der letzten Woche deutlich genug gezeigt. Der Görtzler Beschluß hatte tatsächlich keinen andern Zweck, als der Partei Verhandlungsfreiheit nach allen Seiten zu geben. Zentrum und Demokraten drängen aufs stärkste nach Einziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition, sie wollten weder über die Beschlüssen endgültige Entscheidungen fällen, noch die unausschießbar notwendige Umgestaltung der preussischen Regierung ausgelassen, solange die Sozialdemokratie an ihrem grundsätzlichen Widerstand gegen die Heranziehung der Deutschen Volkspartei festhielt. Die gewiß nicht angenehme und leichte Situation, in der sich die Sozialdemokratische Partei augenblicklich befindet, ist gar nichts als eine logische Folge der Koalitionspolitik. Wollte man vor solchen Situationen sicher sein, so dürfte man sich eben nicht mit dem Zentrum und den Demokraten einlassen, die ihrer ganzen Natur nach der Deutschen Volkspartei viel weniger ablehnend gegenüberstehen als wir. Es ist oft erklärt, die Sozialdemokratie müsse unbedingt so schnell wie möglich in die preussische Regierung, mit der Deutschen Volkspartei dürfte unter keinen Umständen verhandelt werden. Ja, leider liegen die tatsächlichen Machtverhältnisse so, daß wir keine Aussicht haben, den verlorenen Einfluß in Preußen mit der nötigen Schnelligkeit wieder zu gewinnen, wenn wir uns weigern, mit der Deutschen Volkspartei zu unterhandeln. Die Notwendigkeit zu unterhandeln schließt aber noch nicht die Notwendigkeit in sich ein, mit der Deutschen Volkspartei abzuschließen.

Viel besser wäre es und würde eine weitere Stärkung der sozialdemokratischen Stellung bedeuten, wenn die U.S.P. auf die sozialdemokratische Frage, ob und unter welchen Umständen sie zu einer Beteiligung an einer Regierung bereit wäre, eine zustimmende Antwort gegeben hätte. Kautsky hat einmal sehr scharfsinnig gesagt: die Sozialdemokratie habe wohl Fehler begangen, sie sei aber durch die Fehler der Unabhängigen gezwungen worden, diese Fehler zu begehen. Heute ist wieder einmal die Wahrheit dieses Ausspruchs, der unsere unabhängigen Richter etwas vorsichtiger machen sollte, klar geworden. Hätten sich die Unabhängigen schon nach der Revolution bereit gezeigt, mit den Sozialdemokraten zusammen die Republik zu verteidigen, so wäre wahrscheinlich die ganze Koalitionspolitik nicht notwendig geworden. Heute aber ist die Koalitionspolitik so notwendig geworden, daß sogar die Unabhängigen ihre Notwendigkeit einsehen, und sie unterstützen. Wären dann die Unabhängigen im Juni 1920 der sozialdemokratischen Einladung zum Eintritt in die Reichsregierung gefolgt, so wäre für die Sozialdemokratie niemals die Notwendigkeit entstanden, mit der Deutschen Volkspartei verhandeln zu müssen. Wer richtig überlegt, wie da alles zusammenhängt, und eines aus dem andern folgt, der wird jetzt nicht mehr glauben, daß man die Schwierigkeiten der gegebenen Lage mit ein paar Schlagworten lösen kann.

Die Stellung der bürgerlichen Parteien in der Koalition ist deshalb so stark geworden, und die Sozialdemokratie hat ihrem Drängen nach Verhandlungen mit der Volkspartei deshalb nachgeben müssen, weil mit der U.S.P. als Regierungspartei nicht zu rechnen war. Die Lage würde aber noch ein ganz anderes Gesicht bekommen, wenn die U.S.P. ihre unwürdige Weigerung endlich einmal aufgab.

Eine Koalition ist kein Harmonieverein, sondern ein Schauplatz, auf dem sich — in anderer Form als der bisher gewohnten — Machtkämpfe, Klassenkämpfe entscheiden. Wollte die U.S.P. einsehen, daß es ihre Pflicht ist, auch in diesem Machtkampf ihr Gewicht zugunsten der Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen, so wäre das entscheidender Fortschritt und der erste Schritt der Wiedergutmachung der alten Sünden.

Neue Briefmarken in Deutschland. Die deutsche Reichsdruckerei hat jenseits nach den Vorlagen des Briefmarkenwettbewerbs eine neue Reihe von Freimarken fertiggestellt. Es sind dies Marken im Werte von 60, 80, 100, 120, 150 und 160 Pfennig. Die Bilder stellen Schmiede, Berg- und Landarbeiter dar. Der Entwurf stammt von dem Münchener Maler Paul Neuher, der bei dem Briefmarkenwettbewerb mit dem ersten Preise ausgezeichnet worden war.



## Die Aussichten der Weltkarte 1921.

In verschiedenen Handelszeitungen werden die Aussichten der Weltkarte 1921 sehr anschaulich besprochen. Wir geben hier eine dieser Meldungen wieder, um unsern Lesern zu beweisen, daß die Weltkarte 1921 in durchaus normalen Bahnen verlaufen könnte, wenn das Weltgetreide nur zu einigermaßen erschwinglichen Preisen zu haben wäre. Daß das beim „Spiel der Kräfte“ nicht zu erreichen ist, sollte die Preisentwicklung der letzten Wochen nachgerade auch dem Einkäufer bewiesen haben. Die besagte Meldung lautet:

Die Hoffnungen auf einen günstigen Ausfall der Weltgetreideernte werden sich in diesem Jahre erfüllen. Zwar lassen sich gegenwärtig die Ergebnisse der Ernte der einzelnen Getreideproduzierenden Länder von Erde noch nicht oder doch nur zum Teil überblicken, aber darüber kann man sich wohl ein Urteil bilden, daß die Weltgetreideernte der Welt das Produkt „günstig“ mit Flug und Recht erhalten wird. Denn die Länder, deren Produktion für die Weltversorgung entscheidend ins Gewicht fällt, haben fast ausnahmslos gute, zum Teil sogar sehr gute Ernten gehabt. Die indische Getreideernte hat in diesem Jahre mit zwei guten Ernten, der australischen und der argentinischen eingereiht. Den Ausfall der Weizenenernte der nördlichen Hemisphäre bildet der indische Schnitt, der in diesem Jahre allerdings nur eine kaum mehr mittelmäßige Ernte ergab. Indien, das sonst als Weizenexporteur eine Rolle auf dem Weltmarkt spielte, fördert damit für die nächsten zwölf Monate völlig aus. Und wird sogar noch erheblicher Einfluß haben, wenn die Produktion seiner Ernte für den Export nicht so hoch ist. Der Ausfall, der durch die indische Ernte eingeleitet ist, wird aber reichlich weitgehend durch die günstige der Vereinigten Staaten und vor allem durch die Weizenreformierte Kanada, das in seinen drei Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta die seit Jahren größte Ernte unter Dach bringen wird.

Von den europäischen Ländern sind die Verhältnisse nur in England so unübersichtlich, daß es nicht möglich ist, ein wirklich sicheres Bild über den Ausfall der Ernte zu gewinnen. England hat im vergangenen Jahre sehr reichlich an Weizen gehabt. Eine weitere reichliche Ernte ist in diesem Jahre zu erwarten. Aber es wäre sehr falsch, anzunehmen, daß England in seiner Gesamtheit von einer vollständigen Weizenflut umgeben wird. Große Länder, besonders in Südamerika, werden auch in diesem Jahre wieder gute Ernten zu verzeichnen haben, die allerdings nicht im selben Maße wie die indische Ernte in die Welt fließen werden. Die deutsche Ernte wird ebenfalls reichlich ausfallen, wird auch in diesem Jahre infolge des Rückganges der Weltmarktpreise für Weizen zu gut wie seine Nebenbuhler über den eigenen Bedarf haben. Auch Ungarn wird nur wenig Getreide ausführen können. Deutschlands Getreideernte wird man nach den bisherigen Ergebnissen in diesem Jahre als „gute Mittelernte“ bezeichnen. England hat eine sehr gute Ernte in Winterweizen, dagegen sind Gerste und Hafer in ihrem Stande in den letzten Wochen so schlecht gewesen, daß das Gesamtergebnis nur ein sehr mittelmäßiges sein kann. Die Ernte der drei kontinentalen Staaten hat durch die lange Trockenheit des Juli und August zum Teil sehr gelitten, jedoch ist auch hier das Gesamtergebnis nicht ungünstig. Überhaupt ist die Weltgetreideernte aus Frankreich und Belgien, die sich, soweit die Anbaufläche in Frage kommt, von den Folgen des Krieges noch nicht erholen haben. Ueber die voraussichtlichen Ernten der übrigen Staaten Europas liegen nähere Nachrichten nicht vor, aber soviel steht fest, daß die beiden wichtigsten, Italien und Spanien, mit guten Durchschnittsernten rechnen können.

Nach allem kann man sagen, daß die Welt wieder für ein Jahr mit Getreide, wenn auch nicht im Übermaß, aber doch reichlich versorgt sein wird, wenn die Ernte beendet ist. Da die Weltwirtschaftsnot so gut wie behoben ist, wird die Verteilung des Getreides an die Weltländer keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten.

## Oppositions-Spielerelien.

Auch in der allerevolutionärsten „Allgemeinen Arbeiter-Union“ gibt es jetzt eine Opposition. Warum auch nicht? Die Zersplitterung der Arbeiterkraft ist ja seit einiger Zeit der Sport unserer „Revolutionäre“. Die Opposition in der A.U. gibt sogar ein besonderes Organ heraus, das alle 14 Tage erscheint und sich „Arbeiter-Organisation“ nennt. Das Blatt vertritt den Gedanken der proletarischen Einheitsorganisation!!! Es lehnt alle politischen Parteien ab und bekämpft in erster Linie den Einfluß, den die K.P.D. auf die A.U. gewonnen hat. In der

## Sozialismus und Heimatgedanke.

Es ist an der Zeit, mit mancherlei überalterten Einstellungen in der sozialistischen Bewegung zu brechen, mancherlei Vorurteile abzuwerfen, die uns bisher fremd blieben, und Begründungen aufzuweisen, in denen wir uns verankern können. So ist der Heimatgedanke in der sozialistischen Bewegung nicht weniger als heimlich verurteilt zu ihrem Schaden. Die Gründe dafür liegen allerdings auf der Hand, aber eine andere Frage ist, ob sie durchschlagend sind.

Der Sozialist hat nichts zu verlieren als seine Ketten, dieser Gedanke beherrscht immer noch die Stimmung sozialistischer Kreise, und man ist unerschrocken, je enger sie auf den Großstadtkindern eingeeilt sind, der dann freilich „heimatlos“ ist. Aber er hat nicht zu gewinnen als die Kettenlosigkeit! unter anderem eine — Heimat. Die kapitalistische Wirtschaft vollzieht sich nach den Gesetzen der Natur, die ein Netz und andere Äpfel gebunden haben, und in ihrer Theorie kommt die „Heimat“ nicht vor. Wichtig; aber trotz alledem vollzieht sie sich auf einem wohlbestimmten Boden in einer jeweils so oder so bestimmten Atmosphäre, und es ist nicht nur blutiger Wahn, von der oberirdischen oder der unterirdischen „Heimat“ zu reden. Es ist nur die relative Eingetragtheit der sozialistischen Gedankenwelt, welche diese Elemente nicht kennt.

Anderswärts bezeugt dieser Gedanke ständigen Mitleids. Von Heimat haben bisher gerade gemeinnützige Moralisten, unerschrockene Träger einer abstrakten Kulturpolitik, und als deren sozialistischer Nachfolger entsetzte Reaktionen und Nationalisten. Man — schämt sich genug! Aber da gibt es nur einen Schluss: nicht abstrahierend beiseite treten, sondern kräftig mitreden.

Zunächst die Grundlage, Anthropogeographie und Klimatologie besprechen den Kern dessen, was Lande empfinden und mancherlei unheimlicher Wahn erleben: unter Wäldern — und das heißt auch unter Wäldern — ist zu beträchtlichem Teil bestimmt vom Verhältnis zum Boden und Klima. Soziologie und Psychologie bestätigen, daß es auch zu beträchtlichem Teil bestimmt ist von Art und Zahl derer, unter denen wir aufwachen, und von der Architektur.

ersten Nummer des neuen Blattes rechtfertigen sich die Herausgeber vor den Vorurteilern, als könnte durch ihren Schritt eine neue Zersplitterung in die Reihen der revolutionären Arbeiterkraft hineingetragen werden und kennzeichnen hierbei den von ihnen eingenommenen Standpunkt in folgenden Worten: „Die Opposition innerhalb der A.U. verfolgt keine neuen Ziele, die nicht von Anfang an auch die Ziele der Union gewesen wären. Im Gegenteil, durch ihr geschäftiges Vorgehen gegen diejenigen, die aus der A.U. eine bloße Kommode der kommunistischen Arbeiter-Partei machten und eine unerschütterliche Parteidiktatur (II) innerhalb der Union errichteten, will sie ja dem wirklichen Unionsgedanken erst Rettung und Anerkennung verschaffen helfen. Wenn gleich durch politische Beschränkung Parteifunktion systematisch aus der A.U. gedrängt, bezieht sich die Opposition auch jetzt noch als durchaus zur Allgemeinen Arbeiter-Union gehörig. Die Handlungsweise, die wir aber nun ablehnen können, gibt uns die Möglichkeit in die Hand, die Union von der Herrschaft der Parteidiktatur zu befreien, die revolutionären Arbeiter, die heute vielfach abseits stehen, weil sie das Erbe der Parteidiktatur ablehnen, wieder mit Mut und Vertrauen zu der Sache der proletarischen Revolution zu helfen.“ Soll man nun über dieses Doppelspiel lachen oder weinen. Für die Arbeiterkraft, die so mit sich herumspielen läßt, ist es eigentlich kein Zeugnis der Reife.

## Die Weltrevolution 1919 und 1921.

Im Frühjahr 1919, nach dem ersten Kongreß der kommunistischen Internationale sagte Sinowjew über die Weltrevolution folgendes:

„Jetzt ist es bereits allzu klar, daß die (revolutionäre) Bewegung in Europa im Gegenteil weit schneller vor sich geht, als selbst die größten Optimisten auf dem Moskauer Kongreß der Dritten Internationale erwarteten. Die Feuerbrunst des Bürgerkrieges leuchtet in ganz Europa. Als die russische Bourgeoisie ihren Abschied nahm, so war das durchaus nicht eine bloß ungarische Erscheinung. Es war ein überaus charakteristisches Zeichen der Zeit. Im historischen Sinne regiert die ganze europäische Bourgeoisie ihren Abschied zu nehmen.“

Der Sieg der kommunistischen in ganz Deutschland ist durchsichtiger und unübersehbarer. In nächster Zeit wird es sich vereinzelt niederschlagen. Die schwarze Fahne wird vielleicht noch hier und da die rote besiegen. Der endgültige Sieg wird aber trotzdem der roten Sache bleiben. Und das in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Wochen. Die Bewegung geht zu Schluß und wird sich vollends durchsetzen. Man kann mit Gewißheit sagen: nach Jahresfrist werden wir bereits zu Beginn beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, den nach einem Jahr wir ganz Europa kommunistisch sein und der Kampf für den Kommunismus wird sich bereits auf Amerika ausbreiten und auf allen und in anderen Erdteilen hinübertragen.

In jedem Falle ist der Kampf gewonnen. Der Vorstoß gegen die Welt der Kapitalisten hat begonnen. Und es wird mit unserm vollständigen Sieg enden. Wir haben schon das Schicksal der zusammengebrochenen Staaten des kapitalistischen Europas. Die proletarische Revolution wird ihren Einzug in das Land zu nehmen. Mit Eisenmehlschiffen wird sie mitunter nicht nur ein, sondern zwei oder mehr überqueren. Millionen von Arbeitern nehmen den Kampf für den Schluß, dem sie im Laufe der Jahre des wahnwitzigen kapitalistischen Gemeinns unterworfen wurden.

Die Arbeiterklasse kann jetzt ihre Diktatur nicht zu früh proklamieren. Die Bedingungen für den Sozialismus sind gereift. Die Diktatur der Proletarats ist in der ganzen zivilisierten Welt auf die Tagesordnung gestellt. Alle unsere jetzigen Misserfolge werden uns nach ein paar Monaten unbedeutende Episoden danken im Vergleich zu den großen Siegen, die wir in dieser Zeit erringen werden.

Im August 1921, also zwei Jahre darnach, urteilte Sinowjew über das „schwindelerregende“ Vorwärtsschreiten der Weltrevolution folgendermaßen:

„Wir müssen das genaugende Maß von Energie und Geduld an den Tag legen, um diese Aufgabe — die Eroberung der Mehrheit des Proletariats — um jeden Preis zu verwirklichen. Wenn die Mehrheit der Arbeiter auf unserer Seite sein wird, wird es für die Bourgeoisie und die Sozialverräter trotz aller ihrer Strategie keinen Ausweg mehr geben und sie werden der Vernichtung anheimfallen.“

In die Massen — das ist die Hauptparole des Dritten Weltkongresses — in die Tiefe der proletarischen Arbeiterklasse — in die Reihe der Arbeitermassen in den Gemeinwesen zur Eroberung der Mehrheit in allen diesen Organisationen um jeden Preis und trotz allem!

dem Bau- und Siedlungsstil den Lebensformen und ästhetischen Gebräuchen aller Art, die unsige Jugend umgeben. Zusammen aber ist dies nichts anderes als die — Heimat.

Wenn nun in sentimentaler Weise darüber geredet wird, daß nur noch der Bauer eine Heimat von Gehalt habe, daß es darum gelte, den Jungbrunnen des Bauerntums stark und frisch zu erhalten, so wissen wir Antwort genug. Erstens ist es mit der Kultur des Bauerntums, wie übrigens nicht erst neuere Untersuchungen klären, so einfachlich herrlich dennoch nicht bestellt. Wären sie Heimaten haben — übrigens sollen sie ihnen ja auch fernherin gegönnt sein! —, daß sie ihnen zu einer inneren Kultur von überlegenem Gehalt verhelfen haben, ist eine Phrase. Um bewußten Überlebens-Gebräuche, unhygienische Trachten und sinnlos gewordene Sitten künstlich erhalten oder gar „wiederbeleben“, ist alberne Spielerei. Was jedoch von diesen bäuerlichen, ländlichen Heimatsidealen sich ohne Widerspruch gegen vernünftige Anforderungen unserer Zeit erhalten läßt, das wollen auch wir erhalten. Und diesen Willen zu bekunden und zu befähigen, dürfte der sozialistische Bewegung nachgerade anstehen.

Wenn in besorgten Tönen für die ästhetischen Werte unserer Heimaten, mögen sie liegen wo sie wollen, eingetreten wird, „Heimatlosigkeit“ gepredigt wird — was sollte der Sozialist dagegen haben? Im Gegenteil! Wo nicht gerade brüchige Altertümer oder wiederum der Wille im Spiel ist, auch das verteidigt und hygienisch überleben um jeden Preis zu schützen, ist der Kampf so gut sozialistische Aufgabe wie die irgendeiner anderen Gruppe. Nicht! Der Sozialismus kann und sollte den Heimatgedanken mit aller Kraft aufnehmen. Es liegt ja nicht in seinem Wesen, daß er zur Zerschlagung von Kleinbürgertum, historischem Kulturbewußtsein und nationaler Selbstverharmlichung genötigt werden müßte. Heimat erleben heißt, rein gedacht, gar nicht anders, als etwas tief Menschliches erleben. Heimat kennen lernen nicht anders, als Lebensbedingungen menschlicher Gemeinschaft da erkennend erleben, wo sie uns am nächsten vertraut sind, was in Wahrheit nicht hindert, sondern mindestens ebenso gut fördern kann, daß wir sie auch für andere Gegenden, andere Länder erkennen und den Blick weiten, statt ihn einzuräumen.

Unsere Gegner aus der zweiten und zweitenhalb Internationale mögen die Sache so darstellen, als ob die Entschlebung des Dritten Kongresses eine Wendung nach rechts bedeuten würde.

Nun, die Gegner mögen sagen, was ihnen beliebt: — die Weltkarte werden um so eher in unsere Reihen kommen, um so schneller werden wir die durch den dritten Kongreß von uns gestellte Hauptaufgabe — die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter in jedem Lande — verwirklichen.

Einem Mann wie Sinowjew ist es natürlich unmöglich, eine einfache Wahrheit auszusprechen, ohne eine Menge Thesen draus herum zu machen. Das ist denn auch in diesem Falle geschehen. Innerhalb steht die lehrerwahne Meinung in kaskadenförmiger Spruch für der vorübergehenden und bedeutet ein regelrechtes Verhängnis der Misserfolge und der Ohnmacht der Moskauer.

Auch Sinowjew steht ein, daß die stärkste Massenorganisation in Europa der Internationale Gewerkschaftsbund (E.G.) Amsterdam ist. Nach ihm ist jetzt die Weltrevolution nicht, der Kampf gegen die Amsterdamer alles.

Eine Statistik polnischer Requisitionen. Das Eigentum der aus Polen abgewanderten deutschen Landwirte betrifft eine Verfügung der preussischen Regierung. Es heißt in ihr: Es ist bekannt geworden, daß die polnische Regierung entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages aus Polen abwanderns Landwirte daran hindert, Vieh und landwirtschaftliche Geräte mitzunehmen. Um der Reichsregierung hierfür sichere Unterlagen geben zu können, sind die aus Polen nach Deutschland auswanderns Landwirte darüber zu hören, welche Viehmengen sie in Polen haben zurücklassen müssen. Die Erhebungen dienen statistischen Zwecken.

Gemeinsame Forderungen der Kriegsoffiziere. Die sich ständig verschlechternde Lage der Kriegsoffiziere hat den Reichsbund der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen, den Zentralverband der Kriegsoffiziere und Kriegsteilnehmer, den Internationalen Bund der Kriegsoffiziere Deutschlands und den Verband der Kriegsoffiziere a. D., veranlaßt, sich in einer gemeinsamen Eingabe unmittelbar an den Reichstag zu wenden. Das Hauptziel der Eingabe ist die Versorgungsberechtigten möglichst rasch in den Genuß der Versorgungsberechtigten nach dem neuen Versorgungsgesetz zu bringen. Die Durchführung des neuen Gesetzes scheiterte bisher an den im Gesetz liegenden Schwierigkeiten, so daß heute kaum ein Fünftel der Versorgungsberechtigten im Genuß der neuen Versorgungsberechtigten ist. Zur wirksamen Befriedigung der Rentenansprüche und Behebung der wirtschaftlichen Notlage haben die genannten Organisationen folgende Dringlichkeitsanträge an den Reichstag gestellt. 1. Die Leutenungsulage nach § 87 Abs. 1 des Reichsversorgungsgesetzes ist von 35 Prozent auf 80 v. H. in der ersten Klasse A, 90 v. H. in der ersten Klasse B und C, 100 v. H. in der ersten Klasse D und E zu erhöhen. Sofortige Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe. 2. Abschaffung der im § 38 Abs. 1 vorgetragenen Ausgleichszulagen; dafür Erhöhung der nach § 27 vorgetragenen Grundrenten und Schwerbeschädigtenzulagen um mindestens ein Viertel des Betrags. 3. Beteiligung der in den §§ 33 und 34 vorgesehene Ruhestandszulagen. 4. Die Renten sind ohne ärztliche Untersuchung in demselben Prozentsatz für das neue Reichsversorgungsgesetz einzuweisen, in welchem sie nach dem alten Gesetz gewährt worden sind.

Zünftige Zusammenkünfte zwischen Reichswehr und Zivil. Sonntag nach gegen 12 Uhr kam es in Augsburg zwischen zivilen Personen und Reichswehrgenossen aus bis jetzt unaufgeklärter Ursache zu Unruhen, in deren Verlauf zwei Zivilpersonen und drei Reichswehrgenossen durch Messerliche erheblich verletzt wurden. Einer der Verletzten, ein Hilfsmonteur, ist nach Entlassung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Außerdem wurde an anderer Stelle ein Reichswehrgenosse von einem Söldner durch Stich in die rechte Brustseite schwer verletzt, dieser wurde verhaftet.

Frankreichische Waffentransporte nach Rumänien. Die „Humanität“ meldet: Aus Marseille sind mehrere von französischen Reedern gemietete amerikanische Dampfer nach Galatz abgegangen. Der Dampfer „Sour Hall“, der im Monat August den Hafen verließ, enthielt 4000 Riffen Geschosse und 400 Riffen Gebel-Gewehre. Der Dampfer „Lafayette“ enthielt 22 000 Riffen Geschosse und 600 Riffen diverse Waffen für Rumänien. Zwei andere Schiffe sind ebenfalls unter amerikanischer Flagge nach Galatz abgegangen. Um die Lieferung geheim zu halten, haben die Reederei im Einverständnis mit dem französischen Kriegsministerium ausländische Schiffe gemietet, die Seeleute werden, ebenfalls um die Direktion zu täuschen, in Zollabfertigung bezahlt.

Hoher Schutz in England. Das Gesetz zum Schutze der Industrie ist in Kraft getreten. Die Folge wird ein bedeutendes Nachlassen der ausländischen Einfuhr sein. Einzelne Gegenstände werden mit einem Drittel ihres Wertes verzollt.

Das Wichtigste aber liegt noch vor uns. Tatsächlich sind Tausende von Heimaten zerstört, sind Hunderttausende heimatlos, sofern unter „Heimat“ nicht gerade nur eine beliebige nordöstliche Unterfunktion und Schlafstelle verstanden wird. Daran geht die engere Heimatpflege und Heimatpflegebewegung zumeist vorüber. Man nennt den Zerstörer da nicht gern. Denn er heißt Kapitalismus. Weil das so ist, kämpft die sozialistische Bewegung in gewisser Hinsicht sehr viel entschiedener für den Heimatgedanken als die spezielle, sozialreformistische-milde Heimatbewegung. Nur sie sagt es wieder sehr nach den anderen. Sie liest immerfort auf die Karte, Monopole, Planwirtschaftsbrüche und Steuerpläne. Aber, soweit sie es auch ablehnen möge, sich mit einzusetzen für die Erhaltung von Heimat, die sie alles in allem als abbruchreife Früchte eines eingezeigten und entgeistigten Wirtschaftssystems erkennt, so nachdrücklich läßt sie zu, zu betonen: wenn irgend jemand den armeneligen Kindern dieser Epoche des Grauens und der Heimatlosigkeit wieder eine Heimat schaffen wird, dann wird es der Sozialismus sein; auch diese Frage ist nicht auf dem Boden von Fachkongressen und mit den Mitteln der Publizistik allein zu lösen, sondern auf dem Kampfplatz, wo über die entscheidenden Siege der Zukunftswirtschaft gefochten wird. Darin liegt zugleich der agitatorisch-politische Wert des Heimatgedankens, der z. B. auch in das Parteiprogramm gehört, und den zu studieren nach allen Richtungen unsere Sache ist.

Wir erwähnen diese politische Seite nicht, um sie übermäßig in den Vordergrund zu rücken. Alle Sentimentalität beiseite, so bleibt doch im Heimatwesen eine solche Fülle echten Gehaltes, daß sein Gesamtwert gar nicht irgendwie in Frage gestellt werden kann. Und solch Werte leugnet nur der Anker! Die sozialistische Bewegung hat das nicht nötig. Ist sie die Vorkämpferin einer wahren Heimat für Enkel und Urenkel, so kämpft sie für ein Glück, das nicht nur fühl zu erkennen, sondern auch ethisch zu empfinden ihr geboten ist. Die sozialistische Jugend weiß das heute schon überdeutlich genau und lebhaft. Die sozialistische Theorie und ihre Träger aber sollten endlich davon entschlossen Kenntnis nehmen.

Frank Ebert in der „Möde“.



## Rahn und Schmidt vor dem Schwurgericht.

### 2. Tag. (Fortsetzung.)

Verteidiger Rosenfeld geht dann ausführlich auf die Ermächtigung an Schümmer ein. Auf die Frage, ob Schümmer sich keine Bedenken gemacht habe, Polizei mit Handgranaten ins Rathaus zu schicken, antwortet Schümmer, er habe allgemein die Ausführung der Ausrüstung mit Handgranaten gegeben. Zwischen dem Verteidiger Rosenfeld und dem Vorsitzenden kommt es dabei zu einem Zusammenstoß, bei dem der Vorsitzende den kürzeren zieht.

Auf der Vorlesung des Verteidigers fragt, ob er aus der Aussage Schümmer irgendwelche polizeischwänische Feststellungen entnehmen wolle, erklärt Rosenfeld, die Sache sei schon erledigt.

Auf die Frage des Verteidigers, ob der Zeuge eine Lastsache weise, die die Parteien der Linken etwas mehr wollten, als die Entfernung der Polizei aus dem Volkstage, antwortet Schümmer mit: „Auf weiteres eingehendes Fragen des Verteidigers kann Schümmer aber keine näheren Angaben machen.“

Bei der weiteren Vernehmung Schümmer stellt der Verteidiger Rosenfeld eine Reihe Fragen an den Zeugen.

### Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Gericht.

Während in der Fragestellung unterbricht der Vorsitzende Dr. Rahn den Verteidiger und stellt seinerseits eine Frage an Schümmer. Rechtsanwalt Rosenfeld weist eine solche Art der Verhandlungsführung zurück und bittet um einen Gerichtsbeschluss. Nach kurzer Beratung erklärt das Gericht, daß der Vorsitzende berechtigt ist, jederzeit unangemessene Fragen zu verhindern. Rosenfeld stellt sich, daß er darüber gar keinen Beschluss haben wolle. Es handelt sich darum, ob der Vorsitzende befugt ist, Fragen an den Zeugen zu stellen, wenn dieser von dem Verteidiger gefragt wird. Er bittet um einen weiteren Beschluss.

Rahn beklagt sich, daß man ihn bei seiner Vernehmung verhöhnt habe, auf die früheren Volkstagsitzungen einzugehen. Dem Zeugen Schümmer habe man es jedoch gestattet. Rahn bestreitet, dem Senator Schümmer unter der Nase geküßelt zu haben. Eine revolutionäre Erhebung war in Danzig nicht geplant. Eine solche sei für den Freistaat zurzeit und in nächster Zeit Wahnsinn.

Schmidt stellt an den Zeugen die Frage, warum er nur die beiden Abgeordneten habe verhaften lassen. Andere Abgeordnete hätten doch genau so gehandelt.

Schümmer antwortet, daß das letztere wohl richtig sei, aber er habe die Abg. Rahn und Schmidt besonders gut beobachten können. Dr. Zeuge bestreitet vor der Sitzung die Äußerung: „Wir werden es den Kommunisten eintränten!“ getan zu haben.

Rahn behauptet, daß die Äußerung doch gefallen ist. Sie beweise, daß der Senator Schümmer mit voller Absicht unter Bruch der Verfassung, die beiden Abgeordneten verhaften ließ. Mit erheblicher Stimme fährt Rahn fort: „Nicht wir gehören auf die Anklagebank, sondern da steht der Angeklagte!“

und weist dabei auf den Polizeisenator Schümmer hin. Als Rahn weitere Fragen an den Zeugen stellt, bittet der Vorsitzende sich doch etwas einzukürzen, damit die Verhandlung auch mal ein Ende findet. Rahn erwidert, daß auch er ein Interesse hab, da er auf einen Freispruch rechne und möglichst bald an die frische Luft möchte!

Es wird beschlossen, daß Ehepaar Kowalewski, daß die Dekonomie des Volkstages führt, und die Äußerung Schümmer bestätigen soll, zu laden.

Auf Wunsch eines Geschworenen wird der § 105 des Strafgesetzbuchs verlesen, im Anschluß daran, auf Wunsch der Verteidigung, der § 20 der Verfassung, der den Abgeordneten die Immunität zusichert.

### Senator Kowalewski

lagt aus, daß Rahn und Schmidt die Senatoren beschimpft und mit den Fäusten bedroht haben. Schmidt habe mit ihm Händel anfangen müssen und sich auf den Tisch seines Platzes gesetzt. Auch habe dieser mit voller Absicht das Glas Wasser über das Manuskript des Abg. Niehuß ausgegossen. Rahn habe an dem Rederpult gearbeitet. Beide Angeklagte hätten das Pult mit den Fäusten bearbeitet.

Inzwischen ist der Zeuge Kowalewski erschienen. Er gibt an, eine Äußerung, wie sie dem Senator Schümmer zugeschrieben wird, am

4. August im Volkstage gehört zu haben, erlaßt jedoch sich auf Höheres nicht besinnen zu können. Seine Angaben sind sehr unklar.

### Die „Vollmacht“ Schümmer.

Senats-Vizepräsident Dr. Zichm erklärt, daß er an der Gestaltung der Vollmacht mitgewirkt habe. Vor dem 4. August hätte er mit dem Präsidenten des Volkstages Dr. Matthaei Rücksprache genommen, am 4. August Polizei ins Haus gelegt werden soll. Um ein selbständiges Handeln der Polizei zu ermöglichen, sei eine Vollmacht für Schümmer notwendig gewesen. Es seien mehrere Entwürfe gemacht worden. Durch ein Versehen des Pressebureaus wurde der nicht unterschriebene Entwurf veröffentlicht. Schon vor dem 4. August hätten die zuständigen Stellen geprüft, ob der § 105 des St. G. B. auf Abgeordnete Anwendung finden kann. Der diese „zuständige Stelle“ war, weigerte sich Zichm zu sagen und berief sich auf das Recht, die Aussage zu verweigern. Er weigerte sich auch, den Namen oder die Faktion des Briefschreibers zu nennen, der dem Zeugen mitteilte, daß innerhalb der kommunistischen Faktion die gewaltsame Beseitigung zweier Senatoren beschlossen sei. In dem Brief heißt es, die Kommunisten beschließen, die Polizei zum Schießen zu provozieren, dann den Straßenkampf vor das Volkstagsgebäude zu tragen und die zwei Senatoren zu beseitigen. (Lachen im Zuschauerraum, was von dem Vorsitzenden gestiftet wird.) Auf Grund des Briefes ist zwar ein Hochverratsverfahren in die Wege geleitet, aber wieder eingestellt worden.

Nach der Verhaftung der Abgeordneten, sei vom Senat kein Beschluss gefaßt. Auf die Frage der Verteidiger, ob die Vollmacht auf Wunsch Schümmer ausgestellt worden ist, verweigerte Dr. Zichm bezeichnender Weise ebenfalls die Aussage.

Bezeichnend war es, daß Senats-Vizepräsident Dr. Zichm nicht sagen konnte, ob es nach der Geschäftsordnung des Volkstages zulässig ist, daß ein Antrag zurückgezogen und nach kurzer Zeit als neuer Antrag wieder eingebracht werden kann. Man denkt unwillkürlich an das bekannte Wort des schwedischen Staatsmannes!

Zichm beklagte die Angeklagten und beruft sich auch auf verschiedene Artikel der Arbeiter-Zeitung, in denen zu revolutionären Taten aufgerufen wurde.

Nach der Entlassung des Zeugen sollte die Mittagspause eintreten. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beantragt vorher einen Gerichtsbeschluss, ob der Vorsitzende berechtigt ist, den Verteidiger in der Fragestellung zu unterbrechen, um selbst Fragen an den Zeugen zu stellen. Nach kurzer Beratung erklärt das Gericht, die Wortentscheidung ist zu Recht erfolgt.

### In der Nachmittagsitzung

wird zunächst die Vernehmung des Senats-Vizepräsidenten Zichm fortgesetzt. Auf eine Frage Rahn erklärt Zeuge, daß Schümmer das Reich zum Einmarsch der Schutzpolizei in den Sitzungssaal und zur Verhaftung erst gegeben hat, nachdem der Präsident bereits den Fuß aufgesetzt hatte und die Sitzung vertagt war. Die Mitteilungen, wonach von kommunistischer Seite die Beseitigung zweier Senatsmitglieder geplant war, hat Zeuge von dem deutschnationalen Abgeordneten Kalläne erhalten. Ein Angriff auf Leib und Leben von Senatoren, hielt Zeuge für möglich, da bereits in früheren Sitzungen sehr heftige Drohungen ausgesprochen waren und die „Arbeiter-Zeitung“ in diesen Tagen besonders heftig war. Rahn beantragte darauf die Verlesung der „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juli bis 8. August. Das Gericht lehnt die vollständige Verlesung ab und wird der Zeuge Dr. Zichm ersucht, die Artikel anzugeben, auf die er seine Angaben stützt. Die in der Zeit erschienenen Nummern der „Arbeiter-Zeitung“ werden darauf herbeigeholt. Die Frage Rahn's, ob dem Zeugen bekannt ist, daß die Kommunisten den Wiederantritt in Deutschland erstreben, beantwortete Zichm, daß er dieses von Rahn persönlich gehört habe, nicht aber für die gesamte kommunistische Partei. Zum Schluß seiner Vernehmung erklärte Zeuge, daß er kein Interesse an der Verurteilung Rahn's hätte.

Dann wird Frau Kowalewski, die Frau des Volkstags-Ökonomen vernommen. Sie kann sich einer Äußerung Schümmer's: „Rahn solle sich vorsehen“, nicht erinnern.

Auf der Straße fand Hal den Bruder ungeduldig auf- und abgehend, der „Kurgwarenreisende“ hatte versucht, sich mit ihm ins Gespräch einzulassen, doch war Eduard's einzige Antwort die Aufforderung gewesen: er möge zur Hölle gehen.

„Bist du jetzt endlich fertig?“ — fragte Eduard, äußerst gereizt.

„Ja, ich glaube.“ Hal sah ein, daß Edstroms gebrochener Arm den Bruder kalt lassen würde.

„Dann geh dich um Gotteswillen um und laß uns essen gehen.“

„Gut.“ Hal's Stimme war tonlos, und Eduard warf ihm einen forschenden Blick zu. Sogar im bloßen Mondlicht vermochte er die Falten auf dem Gesicht des jüngeren Bruders zu sehen, die schweren Ringe um den Augen. Zum erstenmal begriff er, wie tief die Erfahrungen der letzten Woche in das andere Seele eingeschnitten.

„Du armer Junge!“ — rief er, lächelnd gerührt. Hal jedoch antwortete nicht; er wollte kein Mitleid, wollte überhaupt nichts.

Eduard machte eine hoffnungslose Gebärde. „Gott weiß, daß ich nicht weiß, wie dir zu helfen.“

Sie begaben sich ins Hotel zurück. Unterwegs suchte Eduard nach harmlosen Gesprächsthemen und erzählte dem Bruder, daß er ihm einen Anzug gekauft habe; Hal brauche sich nicht zu bedanken, sagte er grimmig hinzu; er habe keine Lust, mit einem Vagabunden nach Westman City zu reisen.

Der junge Bergmann nahm ein Bad, das erste seit langer Zeit. (Wie mehr wird Hal Warner dulden, das Damen in seiner Gegenwart fagen, die Armen könnten wenigstens reinlich sein!) Er ließ sich rasieren, feilte seine Nägel, büstete die Haare und zog sich als Herr an. Trotz aller Traurigkeit tat ihm dies wohl, seine Heiterkeit leuchtete zurück. Es war ein festlich wohliger Gefühl — wieder als Herr gekleidet zu sein. Er gedachte des Ausdrucks eines alten Meisters, der gesagt, er schlage sich gerne die Beine an, weil es so angenehm sei, wenn der Schmerz nachlasse.

Sie machten sich auf die Suche nach einem Restaurant, und nun blieb Eduard die letzte Unannehmlichkeit zu. Hal sah einen

Die Abg. von Norstein (L. B.) befindet, die Verhandlungen Rahn's gehört zu haben: Nehmt ihm (dem Präsidenten) doch die Klingel weg. Wir verhandeln hier nicht.

Abg. Gen. Rehberg erklärte auf Anfragen von A. A. Rosenbaum, daß ihm irgendwelche Abmachungen, die Sitzung zu verhindern, nicht bekannt seien. Die Frage des A. A. Rosenfeld, ob er glaube, daß Ruhe eingebracht wäre, wenn die Sipo entfernt wäre, bejaht der Zeuge. Die Absicht, den Volkstag zu stürmen, hält er für unmöglich. Auf die Frage Rahn's, ob ihm der Beschluß der vier Fraktionen der Linken bekannt gewesen sei, bei Ablehnung der Entfernung der Sipo aus dem Saal zu gehen, bejaht der Zeuge ebenfalls.

Es folgt dann eine

### eingehende Vernehmung des Senats Gehl.

Er schildert zunächst die Vorgänge nach seinen Beobachtungen. Beim Betreten des Volkstages habe er auf der Veranda mit Handgranaten bewaffnete Schutzmannschaften und auf der Tribüne Arminialbeamte bemerkt. Rahn machte den Vorstoß, sofort eine Kellerausschussung stattfinden zu lassen. Hierbei erklärte R. auch, daß er beabsichtige, 2½ Stunden zu seiner Gesetzesvorlage zu reden und daß man Störungen unterlassen müsse. In der Kellerausschussung wurde vom Zeugen der Vorstoß gemacht, die Schutzmannschaft vor das Haus zu verlegen und um Verhinderung zu schaffen, die Tribünenbesucher auf Waffen untersuchen zu lassen. Die Bürgerlichen lehnten diese Vorstöße ab und der Präsident beharrte auf seinen Maßnahmen, die, wie er erklärte, auf Ersuchen des Senats und der bürgerlichen Parteien getroffen habe. Von dem Verlauf der Sitzung gibt Zeuge die bekannt Schilderung. Nach der Verhaftung habe Schümmer erklärt: Er habe Vollmacht. Das andere würden die Gerichte erledigen. Als Zeuge den Präsidenten bat, Schümmer die Vollmacht abzunehmen und die Sipo aus dem Sitzungssaal zu nehmen, habe Schümmer, der bei dieser Unterredung im Zimmer des Präsidenten zugegen war, erklärt, dann müßte er erst mit dem Präsidenten unter vier Augen sprechen.

A. A. Rosenbaum: Ist Ihnen die Absicht der Abgeordneten der Linken bekannt gewesen, den Saal zu verlassen, wenn die Sipo nicht zurückgezogen würde?

Zeuge Gehl: Ja.

A. A. Rosenbaum: Sag nicht bereits für diesen Fall ein neuer Einberufungsantrag von 24 Abgeordneten der Linken vor?

Zeuge Gehl: Ja.

A. A. Rosenbaum: Nichteten sich die Äußerungen Rahn's auch gegen die Person des Präsidenten?

Zeuge Gehl: Ich verstand die Äußerungen Rahn's nur dahin, daß der Präsident als Präsident befeitigt werden solle, in keinem Falle aber als Person.

A. A. Rosenbaum: Sind Sie der Annahme, daß Rahn in der Sitzung im Generalkommando das von ihm ausgenommene Tintenfaß gegen Schümmer werfen wollte?

Zeuge Gehl: Nein. Ich hatte den Eindruck, als wenn es sich immer nur um Drohungen handelte und habe mit Zäuflichkeiten nicht gerechnet.

A. A. Rosenbaum: Ist Ihnen eine Verabredung bekannt, die Sitzung, unmöglich zu machen?

Zeuge Gehl: Nein. Rahn hatte mir im Gegenteil vorher erklärt, daß er seinen Antrag ruhig und sachlich begründen wolle. Ueber die polizeiliche Besetzung des Parlaments bestand naturgemäß eine starke Erregung. Sie wurde spontan gesteigert, als der Abg. Niehuß seine Rede mit Provokationen der Linken einleitete. Man hatte die Auffassung, daß R. die Linke provozieren wollte. Ich persönlich habe auch jetzt noch die Auffassung, daß zwischen deutschnationalen Abgeordneten und Mitgliedern des Senats

### alles verabredet

und alles bis zur Verhaftung organisiert war. Man wollte anscheinend ein Exemplar statuieren.

A. A. Rosenfeld: Halten Sie die Mitteilungen des Abg. Kalläne, wonach in der kommunistischen Faktion verabredet sei, zwei Senatoren gewaltsam zu beseitigen, den Volkstag zu stürmen, die Polizei zu provozieren und dann einen allgemeinen Straßenkampf zu eröffnen für glaubwürdig.

Zeuge Gehl: Nein.

Genosse Gehl betont, daß er nicht im entferntesten an die Möglichkeit dachte, daß der § 105 des St. G. B. auf Abgeordnete Anwendung finden könnte. Daß Rahn das Zimmer des Präsidenten betrat, ohne auf das Gerate zu warten, sei durchaus nicht ungewöhnlich.

(Fortsetzung Samstag 3. Seite.)

## „König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Die Hausfrau, die nach ihren Kindern sehen gegangen war, schrie zurück; es sei ein Herr an der Tür, der wissen wolle, wann sein Bruder endlich komme. Hal erinnerte sich mit einemmal, daß Eduard die ganze Zeit unten auf- und abgehe, seine einzige Gesellschaft der „Kurgwarenreisende“ sei.

Schon war sein Entschluß, in Pedro zu bleiben, ins Wanken geraten, nun erloß er allmählich ganz, und Hal erkannte, wie kompliziert das Leben sei, wie sehr die verschiedenen Pflichten einander bekriegen. Er versicherte dem alten Bergmann nochmals, daß er für ihn sorgen könne und werde, dann nahm er von ihm Abschied.

Mary begleitete ihn bis zur Treppe. Er nahm ihre große, rauhe Hand in die seine — und diesmal sah es ja niemand. „Mary, die sollen wissen, daß ich Sie niemals vergessen werde, niemals die Bergleute vergessen werde.“

„Ah, Joe!“ — rief sie. — „Es sollen Sie uns nur nicht die anderen vorziehen! Wir brauchen Sie so sehr!“

„Ich gehe bloß auf kurze Zeit heim“, sagte er — „doch dürfen Sie davon überzeugt sein, daß ich, was auch immer das Leben mir bringen mag, für die Arbeiter kämpfen werde. Und wenn der große Streik kommt, den wir im Kohlenland erwarten, so werde ich hier sein, um mein Teil zu tun.“

„Gewiß, Junge.“ — Sie sah ihn tapfer in die Augen. — „Sehen Sie wohl, Joe Smith!“ Ihre Augen blieben standhaft, doch hörte Hal das Zittern ihrer Stimme und wieder verlangte es ihn, sie in seine Arme zu nehmen. Er wußte, daß er Jessie Arthur liebe, und gedachte der Frage, die Mary ihm eifrig gestellt: konnte er zu gleicher Zeit zwei Mädchen lieben? Dies stand mit jeder moralischen Satzung, die er gelernt, in offenbarem Widerspruch — und dennoch tat er es!

alten Bergmann daherkommen und blieb mit dem Ruf „Mittel“ stehen. Er schien gänzlich zu vergessen, daß er ein Herr sei, und auch der alte Bergmann vergaß es, nachdem er Hal einen Augenblick verblüfft angestarrt, stürzte er auf ihn los, drückte ihn wie ein Bar an sich.

„Mein Junge! Mein Gehilfe!“ schrie er und schlug Hal gewaltig auf den Rücken. „Bei Jubal!“ Und schlug dann mit der anderen Hand. „Se, du alter Hundesohn!“ Dann gab er ihm einen haarigen Kuß.

Während in seinem Entzücken jedoch bemerkte der alte Mike, daß mit seinem Gehilfen eine Veränderung vorgegangen war. Er wich zurück, starrte Hal an. „Du hast schöne Kleider! Bist wohl reich geworden?“

Auscheinend hatte der alte Mann nichts von Hals Geheimnis gehört. „Ja, ich bin gut weitergekommen.“ — erwiderte er.

„Womit hast du dich denn beschäftigt?“

„Ich habe an einem Streik im Nord-Lal gearbeitet.“

„Wie? Du hast durch einen Streik Geld gemacht?“

Hal lachte, doch gab er keine weitere Erklärung. „Was machst du?“

„Ich streike auch — streike ganz allein.“

„Hast du keine Arbeit?“

„Zwei Tage habe ich an der Eisenbahn gearbeitet, die Strecke repariert, fünfundzwanzig Cents am Tag bekommen. Jetzt habe ich kein Verdienst.“

„Hast du es in den Gruben versucht?“

„Wie? Ich? Die kennen mich schon.“ Ich war oben in San Jose. Der Schachtmeister hat gesagt: „Geh zum Teufel, alter Eidenfried! In diesem Distrikt gibt es für dich keine Arbeit mehr.“



## Aus dem Osten.

Eine aufregende Verbrecherjagd gab es am Freitag nachmittag in Königsberg. Während der Mittagspause bemerkten Straßenpassanten, daß in eine in der Münchhofstraße gelegene Weinhandlung ein Einbruch verübt wurde. Ein jüngerer Mann kam mit einem großen Sack voll Weinflaschen aus dem Lagerkeller heraus und verschwand. Nachmittags gegen 4 1/2 Uhr wurde der Einbrecher von einem Straßenpassanten in der Unterstadt gesehen und wieder erkannt. Man machte eine Anzeige der Schutzpolizei auf den Mann aufmerksam, die sich sofort an die Verfolgung des Verbrechers machte. Dieser lief und gab schon hier auf einen der ihn verfolgenden Beamten der Schutzpolizei aus einem Revolver einen scharfen Schuß ab, glücklicherweise ohne zu treffen. Die Verfolgung ging sodann durch mehrere Straßen. Der Mittätschilde Pangaasse und Altschulstraße hatte sich eine Menschenmenge gebildet, in die der Verbrecher mit seinem Revolver hineinschrie. Hierbei wurde ein Schüler durch einen Schuß in den Schuh getroffen, doch ließ der Schuß keinen Abbruch, ohne den Fuß zu verletzen. Während die Jagd weiterging, schoß der Verfolger nochmals auf die ihm folgende Schutzpolizei. Schließlich gelang es einem Beamten und mehreren Zivilpersonen, sich dem Verbrecher entgegenzustellen. Sie entriß ihm den Revolver, wobei sich nochmals ein Schuß löste ohne jemanden zu verwunden. Der Verbrecher wurde nunmehr dem Polizeigefängnis zugeführt. Hier stellte es sich heraus, daß man einen recht guten Fang gemacht hatte. Es handelt sich nämlich bei dem Festgenommenen um den mehrfach strafbrieffällig geseuchten aus Danzig stammenden Meister Artur Schwibkowski, einen 29 Jahre alten Menschen, der vor kurzem aus dem Gefängnis in Allenstein ausgebrochen ist. Bei ihm wurden verschiedene Einbrecherwerkzeuge gefunden.

Die Sünden eines Redakteurs in Polen. Vor der Strafkammer in Königsberg fand dieser Tage ein Prozeß gegen den ehemaligen verantwortlichen Chefredakteur des „Königlichen Tageblatts“, Hans Komalst, statt. Er war wegen Verächtlichmachung von Verordnungen der polnischen Behörden auf Grund des § 121 St.G.B. angeklagt, und zwar erblickte man diese Verächtlichmachung eigenartigerweise in seiner oberflächlichen Artikeln „Polnische Verstärkungen an der ober-schlesischen Grenze“, ferner „Ein neuer polnischer Aufstand“, „Waffentransport an der Grenze“, „Pläne des polnischen Generalstabes“ und „Vor einem neuen Aufstand“ im „Königlichen Tageblatt“. Der Staatsanwalt erklärte, daß alle diese Nachrichten aus den Fingern gelogen seien! Sie seien nur zu dem Zwecke veröffentlicht worden, um die polnischen Behörden und die staatlichen Verwaltungen in den Augen der Leser verächtlich zu machen. Da ähnliche Artikel im „Königlichen Tageblatt“ häufig erschienen seien, müsse der Schriftleiter auch entsprechend bestraft werden. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 14 Jahren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 6000 Mk. Strafe, zum Tragen der Gerichtskosten und erkannte auf Verschlagnahme der Blätter.

## Gewerkschaftliches.

Der Achtstundentag der Lehrlinge. Ein beachtenswertes Urteil über den Achtstundentag der Lehrlinge wurde im Dresden geschätzt. Vom Schöffengericht war auf Anzeige hin der Tischlermeister Stark zu 20 Mark Strafe verurteilt worden, weil er mehrere seiner Lehrlinge an drei Tagen in der Woche länger als acht Stunden arbeiten ließ. In diesen drei Tagen hatten die Lehrlinge Fortbildungsschule. Es sei in die Tagesstunden. Nach Ansicht des Reichsgerichts ist es nicht möglich, wenn die Fortbildungsschule der Arbeitszeit entgegensteht, die Lehrlinge in der verbleibenden Zeit zu ständigen Nacharbeiten auszubilden. Er hat deshalb mit den Eltern der Lehrlinge Abmachungen getroffen, und die Vater haben ihm auch gestattet, daß er die Lehrlinge für die ausgetastete Schulzeit länger beschäftigen darf. Das Gericht war aber anderer Meinung und verurteilte ihn. Gegen das Urteil legte Stark Berufung ein, worauf sich die Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen hatte. Der Angeklagte führte aus, daß man immerhin das Gesetz über den Achtstundentag

tag auf Lehrlinge nicht anwenden könne. Bei der Güte, mit der man diese Vorkehrung, die sich eigentlich nur auf „gewöhnliche Arbeiter“ beziehe, am 28. November 1918 erlassen habe, sei an die Lehrlinge gar nicht gedacht worden. Auch habe damals der Fortbildungsschulunterricht abends, also außerhalb der Arbeitszeit, stattgefunden. Ein Rundschreiben des Arbeitsministers an die Gewerbetreibenden sei der Auffassung, daß die Fortbildungsschule nicht in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet wird. Eine Regelung auf gesetzlichem Wege habe aber noch nicht stattgefunden. Er habe nicht der 20 Mark halber Berufung eingelegt, sondern er wolle das seine dazu beitragen, daß endlich in der Sache Klarheit geschaffen wird. Das Gericht verwies die Berufung, indem es annahm, daß der Geschädigte unter „gewöhnlichen Arbeiter“ auch die Lehrlinge verstanden haben will. Die Auslegung des Reichsgerichts sei falsch. Es ist also unstatthaft für die Schlichtungen während der Arbeitszeit ein Nacharbeiten zu verlangen.

## Volkswirtschaftliches.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens wird jetzt von den Kreisen der Gewerkschaften und Mieter lebhaft erörtert, wie es auch der Verbandsrat des Bundes deutscher Mietervereine zu Dresden gezeigt hat. Gerade erscheinen auch im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO. 16, 84 Seiten, 7 Mk.) die Richtlinien für die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens, die in einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit der Verstaatlichung des Wohnungswesens auch für diejenigen, die ihr ablehnend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsgesetz wird die Bildung von Pflichtgenossenschaften, sogenannten Hausgenossenschaften, verlangt, in denen 100, höchstens 1600 Wohnungs- und auch Gewerberäume zusammengefaßt werden. Die Hausgenossenschaften einer Stadt bilden zusammen den Wohnungsverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungskörperschaft. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Eigentümer sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Hausgenossenschaften über. Den Wohnungsverbänden liegt die Regelung der Neubautätigkeit ob, Vermietung und Erhaltung des alten und Erhaltung des neuen Wohnbestandes liegen also in den Händen der Mieter, die ja doch die Mittel aufzubringen haben, die ihre Vertretung in der Generalversammlung, dem Aufsichtsrat und den Geschäftsführern der Hausgenossenschaften und Wohnungsverbände haben, und die bei dem Wohnungsverband mit einem kleinen Geschäftsanteil beteiligt sein müssen. Mit diesem Geschäftsanteil, den auch jugendliche und andere Erwerbstätige ohne eigene Wohnung verbunden, der in einer bestimmten Reihe von Jahren befristet werden muß. Ohne in die Angelegenheiten der politischen Körperschaften einzugreifen, baut sich die vorgesehene Selbstverwaltung der Mieter dann nach oben im Provinzial- oder Landesverband, schließlich im Reichswohnungsverband auf. Eine reifliche Beteiligung an der vielen Mißstände im Wohnungswesen und eine beschleunigte und systematische Beseitigung der Wohnungsnot unter gerechter Heranziehung der Bewohner der vorhandenen Häuser zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und zur Diskussion gestellt.

Nachrichten für Auswanderer. Die Aussichten für Ausländer in Deutschland sind jetzt noch außerordentlich geringe, da das Wirtschaftsleben sehr darniederliegt und außerdem auch die Lebensumstände recht niedrig liegen. Nationalistische Strömungen tragen außerdem dazu bei, dem Ausländer den Aufenthalt im Lande zu erschweren. Die holländischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Fahrpreise in Richtung auf den Teufelsdampf nach Deutschland erhöht. Die Lebensreise nach Südamerika kostet jetzt (im Durchschnitt) 6000 Mark, statt wie bisher 5000 Mark. — Vor der Auswanderung nach Rumänien wird auf Grund mehrfacher Berichte von dort auswanderten Deutschen dringend gewarnt. Der alles Dingen ist gar nicht daran zu denken, daß dort die gewohnten Anstände deutscher Arbeiter auf Anerkennung, Vertretung, Ehre und Behandlung erfüllt werden. Es besteht aber der Verdacht, daß nicht deutsche Arbeiter unter solchen Verhältnissen nach Rumänien verlost werden, und daß man sie, nachdem sie ausgenutzt sind, entläßt, ohne ihnen die Rückreise zu erhalten. — In der Schweiz ist die Arbeitslosigkeit außerordentlich stark, so ist zum großen Teil eine Folge des hohen Valuta-

standes der Schweizerischen Währung, die den Absatz nach dem Ausland naturgemäß sehr erschwert, zum Teil ganz unmöglich macht. — Auch in Ungarn ist zurzeit die Arbeitslosigkeit sehr stark. Die Lebensverhältnisse in Palästina sollen zurzeit außerordentlich in Deutschland. Verheiratete brauchen zum einfachen Lebensunterhalt 35–40 Pfund im Monat. — In der portugiesischen Kolonie Angola ist die Deutsche bis jetzt noch gar keine Möglichkeit unterzuziehen. Die Einstellung von ausländischen Arbeitern wird von der verhältnismäßig gut organisierten Arbeiterbewegung durch Streiks verhindert. — Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird zurzeit auf wenigstens 6 Millionen geschätzt. Im übrigen soll die deutscheinländische Stimmung wieder im Erstarken begriffen sein, was sich namentlich in der Abwanderung des deutschen Schulvertriebs bemerkbar macht. Abwanderungen sollen sich auch in Kanada bemerkbar machen, was macht sich deshalb unter den Deutschamerikanern bereits ein Streben geltend, nach Mexiko auszuwandern. — In Mexiko ist die Arbeitslosigkeit verheerend worden durch eine am 1. Juli in Kraft getretene Ausfuhrabgabe auf Weizen und Getreideerzeugnisse. Besonders die nordamerikanischen Gesellschaften weigern sich, die Abgabe zu entrichten und haben deshalb vielfach Betriebsbeschränkungen eintreten lassen. Da man bei der Ernte mit einem Ausstoß von 50 v. H. rechnet, so ist zudem mit einer Vertiefung der Depression zu rechnen. Die Wirtschaftskrise macht sich auch in Argentinien stark bemerkbar. Entlassungen sind deshalb häufig zu sehen.

## Aus aller Welt.

Mit einer eigenartigen Spionagegeschichte hatte sich die Berliner Strafkammer zu beschäftigen. Wegen Vergehens gegen das Gesetz vom 3. Juni 1914 hatte sich der bei der Generalkonsulatskommission beschäftigte gewesene Dolmetscher August Goldmann verantworten. Dieser hatte im Jahre 1911 in Paris ein deutsches Kadetten kennen gelernt und mit ihm ein Verhältnis angeknüpft, das im Laufe der Jahre vier Kinder eintriefen. Nach Kriegsausbruch überstellte er mit seiner Familie nach Saarbrücken. Da er ein Engländer und Französischen vollkommen mächtig ist, fand er am 1. September 1920 eine Anstellung als Dolmetscher bei der Generalkonsulatskommission. Hier suchte sich an ihm ein früherer preussischer Polizeibeamter namens Alphonse Meyer heranzumachen, um wieder ihn veranlassen, verschiedene Schriftstücke der Generalkonsulatsmission herauszugeben. Inzwischen hatte aber die Geliebte des Angeklagten in Erfahrung gebracht, daß dieser ihr unter dem Namen war und ermittelte auf solche Anzeige. S. wurde Ende November v. J. verhaftet. — In der Verhandlung bestritt S. seine Schuld. Mehrere Zeugen machten die überlassene Mitteilung, daß Alphonse M. jetzt wieder in Saarbrücken als Polizeibeamter tätig sei, worauf der Staatsanwalt die Vernehmung des M. als Zeugen für erforderlich hielt. Die Verhandlung wurde vertagt und der Angeklagte vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Betrug mit gebrauchten Eisenbahnfahrkarten. Die Polizei in München verhaftete vier Personen, die sich mehrere Hundert gebrauchte Eisenbahnfahrkarten verschafft hatten und durch Verkauflung der Kartenveräußerung dieser Fahrkarten vom Eisenbahnbetrieb etwa 20 000 Mark zurückverkauften hatten.

## Büchermärkte.

Vom Mahren Jakob in jochen die 20. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge: Bilder: Schwarzwald. — Die bayrische Schwengende. — Einige praktische Winke für Lustfahrten, die noch von der Steuerbehörde erfüllt werden können. — Aus dem dunkelsten Deutschland. — Im Offiziersleben. — Schwere Entwicklung. — Angehende Attentäter. — Ethnographisches. — Der Schütz die Republik. — Die heißen Arenen. — Weisungen Klaut und Genossen. Von M. — Kleine Geschichten vom Tage. Von M. — Die Walfahrt nach München. (Sehr frei nach Heine, Heine.) — Partei Wasserhose. — Gassen. — Um, um. Der Preis der Nummer ist 50 Pf. Probennummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieg Nachf. O. m. b. H. in Stuttgart, sowie von der Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 6 und Aufpostoren zu beziehen.

**Gosda Schnupftabak**  
garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 5.

## Bermischtes.

### Kraftausnutzung des Meeres.

In der gewaltigen Wasserbewegung von Ebbe und Flut bietet die Natur eine Energiequelle allergrößten Ausmaßes dar. Leider ist die Technik heute nur ausnahmsweise imstande, diese Kräfte auszunutzen, wenn nämlich die bei der Flut andrängenden Wassermengen von genügend großen Kavernen aufgenommen werden können, die dann bei Beginn der Ebbe wieder abfließen und hierbei auch Turbinen arbeiten. Die Dr. Heinrich Lur in einem Aufsatz der „Sozialistischen Monatshefte“ ausführt, haben bereits einige Versuchsanlagen die Möglichkeit einer solchen Verwertung von Ebbe und Flut erwiesen. So besteht eine solche Anlage bei Latham und ein Gezeitenkraftwerk an der Mündung des Severn in den Britisch-Kanal. Ähnlich günstige Stellen finden sich auch an anderen Punkten der Erdoberfläche. Aber die Kraftausnutzung der Meere ist noch an die Bedingung geknüpft, daß sich die gewonnenen Energiemengen auch ohne zu große Kosten nach den wirklichen Bedarfsstellen leiten lassen. Nach den gegenwärtigen Berechnungen erscheinen Projekte, bei denen die Energie auf eine Strecke von mehr als 100 Kilometer übertragen werden muß, wirtschaftlich undurchführbar. Doch drängt bei dem immer stärkeren Abnehmen unserer Kohlenvorräte die Entwicklung darauf, die ungeheuren Kräfte des Meeres durch unwiderstehliche Erfindungen zu wecken, und so darf man auch Pläne, die heute noch phantastisch erscheinen, nicht einfach in den Bereich der Unmöglichkeit verworfen. Zu diesen Projekten gehört z. B. die Ausnutzung des Roten Meeres und des Mittelmeeres. Beide Projekte gründen sich darauf, daß sowohl das Rote als auch das Mittelmeer ausausgeglichene flüssige Wassermengen durch Verdunstung verlieren. Beim Roter Meer z. B. würde der Wasserpiegel jährlich um etwa 1 Meter sinken, wenn es nicht vom Indischen Ozean stets neu aufgefüllt würde. Macht man

durch Abperrung der Meerenge bei Bab el Mandeb die andrängenden Wassermengen nutzbar, so könnte man nach 10 Jahren schon etwa 20 Millionen Pferdekraft, nach 100 Jahren 100 Millionen gewinnen, weil die Gefällstärke ständig größer wird. Da das Rote Meer etwa 2500 Meter tief ist, so könnten die ständig zunehmenden Wasserkraft des Roten Meeres 5000–6000 Jahre ausgenutzt werden. Dabei wären die Baukosten verhältnismäßig gering, denn die Meerenge ist nur 25 Kilometer breit und im Durchschnitt nur 50–100 Meter tief. Ähnlich liegen die Verhältnisse am Mittelmeer, das ausschließlich durch die Meerenge von Gibraltar gespeist wird; hier liegen sich nach 10 Jahren 30 Millionen Pferdekraft, nach 100 Jahren 300 Millionen und nach 500 Jahren 1 1/2 Milliarden gewinnen. Die Durchführung solcher Projekte würde natürlich gewaltige klimatische Veränderungen nach sich ziehen, indem das Rote Meer dann zu einer Wüste werden könnte, wie etwa die Sahara, die ja auch einmal ein Meeresbecken war. Dennoch ist die Berechnung solcher Unternehmungen interessant, denn sie zeigt, welche ungeheure Energiequellen noch vorhanden sind, auf die man zurückgreifen kann, wenn die letzte Lonne Steinkohle verbraucht ist.

Weitere Steigerung der Erdölproduktion. Der Konkurrenzkampf zwischen Öl und Kohle schlägt immer mehr zugunsten des Öls aus. Die Ausbreitung der motorischen Betriebskraft und der Elektrizität, die wirtschaftlichen Vorteile der Verwendung des Erdöls an Stelle von Kohlen bewirken eine fortgesetzte Steigerung der Ölproduktion. Im Jahre 1920 wurde die Weltproduktion an Erdöl bereits auf rund 112 Millionen Tonnen angegeben. Jetzt liegen die ersten Nachrichten über die Lebensbeute der Welt in dem ersten Halbjahr 1921 vor. Danach schätzt man die Weltproduktion an Erdöl in den Monaten Januar bis Juni auf etwa 775 Millionen (bei 150 Liter) Öl. Wahrscheinlich sind diese Schätzungen zu günstig, denn das würde etwa genau so viel sein, wie im ganzen Jahre 1920 erzeugt worden ist. In der Produktionssteigerung sind in erster Linie Amerika und Persien beteiligt. Die beiden Staaten liefern gegenwärtig rund 90 Pro-

zent des gesamten Erdöls der Welt. Deutschland ist seitdem ihm die Quellen bei Badelbrunn im Elsaß abgenommen worden sind, kaum mehr als Erdölproduktionsland zu zählen. Rumänien, das im vorigen Jahre reichlich 1 Million Tonnen Erdöl produzierte, hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres seine Produktion steigern können. In diesem Zeitabschnitt hat es 550 000 Tonnen Öl gefördert. (1. Halbjahr 1920 nur 465 000 Ton.). In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo annähernd 300 000 Erdölbrunnen in Betrieb sind, sind im Monat Juli 1700 und im August 1423 neue Bohrlöcher angelegt worden. Leider liegen aus den sehr zukunftsreichen Petroleumfeldern Mexikos keine neueren Produktionsziffern vor.

Vollständiger Chirurgeschlag. Für eine der schwersten chirurgisch-plastischen Aufgaben galt es bisher, eine gänzlich fehlende Ohrmuschel zu ersetzen, und es war dabei niemals ein befriedigendes Resultat erzielt worden. Die Schwierigkeit ist daraus zu erklären, daß einmal die Muschel sehr kompliziert gebaut ist, sodann eine Blutgefäßverbindung für das neue Ohr verhältnismäßig eingehend ist und endlich, daß man das Ohr ganz im Freien ausbauen muß. So schwierig der vollständige Ersatz einer Ohrmuschel ist, so verhältnismäßig leicht ist die Herstellung eines Teiles. Nunmehr hat aber der Vertrat für plastische Chirurgie beim Berliner Hauptversorgungsamt Dr. Esser ein ziemlich einfaches Verfahren gefunden, um das schwierige Problem des Ersatzes der ganzen Ohrmuschel zu lösen. Die Operation, die er in der „Mündener Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt, beruht darauf, daß zunächst ein genau dem gefunden Ohr entsprechendes Modell aus Aluplastmangel geschnitten wird. Dieses Anorpelmodell wird dann mittels eines Schnittes an der Gargenlinie hinter dem äußeren Gehörgang unter die Haut geschoben und die Wunde geschlossen. Mit dem nach 1–2 Monaten der Anorpel anhaftendes Eingeweicht, so wird hinter demselben eine sogenannte „Gruheleinsage“ gemacht. Danach wird ein Abdruck genommen, der etwa 2–3 Millimeter dick ist und der Schädelform genau entspricht. Dieses Modell wird mit einer dünnen Haut umgeben und in die Wunde geschoben. Nach 8–14 Tagen wird das Modell entfernt, und die Haut ist dann ausnahmslos ganz glatt angeheilt. Auf diese Weise wird erreicht, daß das vom Schädel freiliegende Anorpelmodell vollständig mit Haut bedeckt ist. Wenn außerdem das Ohrgehörge fehlt, muß dieses dann nachher aus der Haut heraus entnommen und geformt werden. Auf diese Weise ist es Esser gelungen, eine vollkommen auf Reptilien abgerichtete Ohrmuschel naturgetreu zu ersetzen.







sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten haben keine  
Gültigkeit. Der Vetter aus Dinagda - Operette

Kasseneröffnung 6 Ltr.

[illegible]

**Täglich: Musik, Gesang, Tanz**

\_\_\_\_\_

100-443887-1000

**Brett l**  
Große Allee

Es ladet freundlichst ein

**Hermann Konietzko.**

REVISION REQUIRED

**Summary:**

**billig und erfolgreich.**

Durch rechtzeitige grosse  
Abschlüsse sind wir in der  
Lage, gutes Gebrauchs- und  
Luxus-Schuhwerk jeder Art  
**jetzt noch her-  
vorragend billig**  
zu verkaufen.

**zu verkaufen.**

**Damen-Strümpfe - Herren-Strümpfe**  
in bekannt prima Qualitäten noch sehr billige Preise.

**Spezialanrebot in Kinderstiefeln, nur beste, fast  
unverwundliche Fabrikate zu den billigsten Preisen**

# Leisen

**Canggasse 73**

**Altstadt, Graben 96/97**

Beachten Sie meine Schaufenster. — Eingang kleine Mühlgasse

Menning, (S27)

aufgedruckten alten Fahrpreisen.  
Die Direktion. (5280)

Gesellschaftsfilm in 6 Akten. 15278

Die Direktion. (5280